Zeitschrift: Protar

Herausgeber: Schweizerische Luftschutz-Offiziersgesellschaft; Schweizerische

Gesellschaft der Offiziere des Territorialdienstes

Band: 18 (1952)

Heft: 7-8

Werbung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 28.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

nens überhaupt derart kumulieren, dass sie bald zur Bekämpfung des Projektes um jeden Preis führen.

In solchen Folgerungen steckt aber ein grosser Trugschluss. Wie leicht vergisst man doch ob dieser vorübergehenden finanziellen Belastung, dass davon die Rettung des eigenen Lebens und Eigentums abhängen kann! Wo es aber derart um das Letzte geht, sollten tragbare Geldopfer willig gebracht werden, weil sie darob verblassen müssen. Diese Ueberlegungen stützen sich keineswegs auf unbegründbare Behauptungen, sondern auf Tatsachen, die sich aus furchtbaren Kriegserfahrungen ergeben. Für zahlreiche Menschen, welche an ihren Wohn- und Arbeitsstätten durch Luftangriffe getötet wurden, war eine Rettung unmöglich, weil sie nicht rechtzeitig für Schutzräume vorgesorgt hatten. Wegen solcher Vernachlässigungen ging das Wirtschaftsleben ganzer Städte zugrunde, was sich entsprechend katastrophal auf den Nachschub und die Moral der gegen den Feind kämpfenden Truppen auswirken musste. Anderseits verdanken tausende und abertausende von Frauen, Kindern und Greisen ihr Ueberleben dem Vorhandensein von vielfach nur behelfsmässig eingerichteten Schutzräumen. Die Tatsache, dass in den vom Luftkrieg betroffenen Städten die Zahl der zerstörten Wohnungen bedeutend grösser war als die Opfer an Menschenleben beweist einmal mehr den Wert solcher Schutzmassnahmen.

Man denke nur daran, wie segensreich eine rechtzeitige Vorsorge im Notfall sein kann. Wenn nämlich einmal die Bomben fallen sollten, ist es zu spät, um zu klagen und nach Schuldigen zu suchen. Es nützt denn auch nichts, des Ausspruchs eines Parlamentariers zu gedenken, dass man die verantwortlichen Behördemitglieder füsiliert hätte, wenn sie im letzten Krieg nicht rechtzeitig für einen grösstmöglichen Schutz der Bevölkerung vorgesorgt hätten. Denn tatsächlich liegt es in erster Linie an der Einsicht und am Selbsterhaltungstrieb jedes einzelnen Menschen, so vorzusorgen, dass man in Zeiten hereinbrechenden Unheils nicht schutzlos der erbarmungslosen Gewalt gegenübersteht.

Gefährliche Aussichten

Mit den vielen Friedensworten, welche über den Erdball wirbeln, geht leider eine grosse Kriegsrüstung einher, die keine guten Zeiten verheisst. Weltpolitisch betrachtet, besteht zwar immerhin das beachtenswerte Novum, dass die Vertreter der Grossmächte an Konferenzen noch miteinander reden, trotzdem ihre Soldaten weit entfernt davon in offenem Kampf stehen. Sowohl Regierungen und Völker als auch der einzelne Mensch suchen sich eben gegen noch grösseres Unheil zu schützen, so gut es geht.

Dass die Schweiz diese Entwicklung zwangsläufig ein Stück weit mitmachen muss, wenn sie ihre Freiheit und Selbständigkeit bewahren will, erscheint jedem einsichtigen Bürger klar. Eigentlich sind es nur die Kommunisten, welche unter den stärksten Tönen ihrer Friedensschalmeien nicht nur die Kredite für die Landesverteidigung bis zur Wirkungslosigkeit beschneiden möchten, sondern sogar die Durchsetzung einer allgemeinen Abrüstung fordern. Auf diese Art weigerten sich ihre verbliebenen Parlamentarier sogar, auf die neue Schutzraum-Vorlage des Bundesrates einzutreten.

Die Begründung, welche dazu gegeben wird, ist recht aufschlussreich: man wendet sich kommunistischerseits sowohl gegen die finanzielle Belastung der Mieter, als auch — man höre und staune! — gegen eine solche

der Hausbesitzer. Dass bei dieser Parole der notorisch antikapitalistischen Partei etwas nicht stimmen kann, leuchtet sofort ein. Die Erklärung folgt jedoch auf dem Fusse, wenn man vernimmt, dass die PdA die Schutzraumkosten angeblich vollständig den Militärkrediten aufbürden will, die sie aber gleichzeitig — hemmungslos ablehnt!

Wenn ein solches Vorgehen überhaupt noch als Politik betrachtet werden könnte, so wäre es eine solche, welche zwar tatsächlich weder Bürger noch Staat etwas kostet, dafür aber auch niemand etwas nützt. Im Gegenteil: solches Nichtstun gegenüber drohender Gefahr ist etwas vom Unheilvollsten, dem man ein Volk aussetzen kann. Denn die gleichen PdA-Kommunisten stellten in ihrem Blättlein bedenkenlos fest, dass die Sowjetunion noch 2,5 Millionen Mann unter den Waffen hat und über ein Fünftel ihrer Staatsausgaben für die Landesverteidigung bestimmt sind.

Solche Leute können es mit unserem Volke unmöglich recht meinen. Jedenfalls darf ihren Einflüsterungen kein Glaube geschenkt werden. Man wird deshalb zum eigenen Vorteil und im Vertrauen auf die verantwortungsbewussten Volksvertreter der von ihnen vorgeschlagenen Schutzraum-Vorlage am 5. Oktober zustimmen.

Wir stimmen alle



der Schutzraum-Vorlage